

**POSTULAT** von Beat Walti (FDP, Zollikon), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) und Jörg Kündig (FDP, Gossau)

betreffend Weniger Bürokratie und mehr Gemeindeautonomie dank REFA/Neuem Finanzausgleich

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, systematisch Politikbereiche in allen Direktionen zu identifizieren, in denen kantonale Regelungen (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien u.ä.) im Zusammenhang mit den neuen Gesetzgebungen zur Regelung der Finanzströme (REFA, Pflegegesetz, Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz SPFG) zugunsten einer grösseren Autonomie der Gemeinden abgeschafft werden können. Anzustreben ist die Beschränkung auf die Steuerung mit Zielsetzungen (Output). In allen anderen Bereichen sollen die Freiräume für pragmatische Lösungen in den Gemeinden vergrössert und die administrative Belastung aus zentralistischen Vorgaben abgebaut werden.

Beat Walti  
Linda Camenisch  
Jörg Kündig

Begründung:

Derzeit werden verschiedene Gesetze eingeführt bzw. befinden sich kurz davor oder wurden im Rahmen einer Vernehmlassung vorgestellt, welche die Finanzströme innerhalb des Kantons und vom Kanton zu den Gemeinden neu regeln. Diese neuen Bestimmungen haben unzweifelhaft Auswirkungen auf die mit diesen Geldströmen verknüpften Regelungen. Mit Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes beispielsweise und der Einführung der neuen pauschalen Finanzausgleichsbeiträge an finanzschwache Gemeinden entfallen viele indirekte Finanzausgleichsmechanismen durch finanzkraftabhängige Staatsbeiträge. Damit entfällt in diesen Bereichen auch die Legitimation des Kantons, den Gemeinden Vorgaben zu machen und deren Einhaltung durchzusetzen und zu überprüfen. Beispiele sind Beitragszahlungen an Gemeinden im Rahmen von Schulhausbauten und auch die Organisation des Schulbetriebes. Hier wie andernorts können die zentralen kantonalen Vorgaben pragmatische und kosteneffiziente Lösungen auf Gemeindeebene verhindern und sie führen häufig zu unnötiger und kostspieliger Bürokratie. Die Chance, diese Zustände zu verbessern, muss systematisch genutzt werden. Wo die Gemeinden nicht in der Lage sind, die Freiräume selbstständig auszunutzen, sind sie gehalten, sich für die Erfüllung bestimmter Aufgaben zusammenzuschliessen. Diese Strukturanpassungen zu fördern, ist ein wichtiges Ziel des FAG, aber auch des neuen Gemeindegesetzes.